

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

## DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU AUSTRALIEN UND NEUSEELAND

### **32. Interparlamentarisches Treffen EU - Australien**

**22. - 27. Februar 2009**

**SYDNEY - CANBERRA - MELBOURNE**

ZUSAMMENFASSENDE BERICHT

## **Einführung**

Das 32. Interparlamentarische Treffen fand vom 22. bis 27. Februar 2009 in Sydney, Canberra und Melbourne statt. Die fünfköpfige Delegation wurde von Giles CHICHESTER (PPE-DE, UK) geleitet. Einzelheiten zum Programm und die Teilnehmerliste sind beigelegt.

Die beiden Hauptthemen des Delegationsbesuchs in Australien waren die internationale Finanzkrise und der Klimawandel. Treffen fanden daher mit den wichtigsten politischen Akteuren in diesen Bereichen sowie mit sonstigen Fachleuten statt.

Zu den weiteren Punkten des Programms gehörten ein offizielles interparlamentarisches Treffen mit Amtskollegen sowie Gespräche mit Vertretern des European-Australian Business Council und des National Europe Centre der australischen Nationaluniversität. Dabei wurde wie üblich das Verhältnis zwischen der EU und Australien erörtert, das allgemein als hervorragend bezeichnet wurde. Ferner wurde die Wichtigkeit der Beziehungen zwischen dem Europäischen und dem australischen Parlament unterstrichen.

Die Delegation stellte fest, dass Australien bisher von den schlimmsten Folgen der internationalen Finanzkrise verschont blieb, da es als finanziell gesund gilt und über einen ausgewogenen Haushalt sowie einen soliden Bankensektor verfügt. Das so genannte Doppelspitzenystem der Finanzmarktaufsicht hat effizient funktioniert und das Land in die Lage versetzt, die Exzesse bei der Kreditvergabe der Banken zu vermeiden, die es in anderen Teilen der Welt vielfach gegeben hat. Bei den Rohstoffausfuhren Australiens in den Jahren vor der Finanzkrise war ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen, der insbesondere durch das rasche Wachsen der Industrie Chinas unterstützt wurde. Da die Rezession auch den chinesischen Markt getroffen hat, ist ein Rückgang der Nachfrage für Australien unvermeidbar.

Die Regierung hat versucht, einem Abschwung mit zwei Konjunkturpaketen entgegenzuwirken. Das erste wurde im Oktober 2008 angekündigt und belief sich auf 10,4 Milliarden Dollar, das zweite im Wert von 47 Milliarden Dollar wurde im Februar 2009 vorgelegt. Beide Pakete sehen Prämienzahlungen für bestimmte Gruppen der Gesellschaft wie Rentner, Einkommensschwache und Familien mit geringem Einkommen, Unterstützung für den Wohnungsbau sowie für die Automobilindustrie und Schulen vor. Ein weltweiter Freihandel werde parteiübergreifend unterstützt. Es wurden Bedenken geäußert, die USA und die EU könnten auf protektionistische Maßnahmen zurückgreifen.

Die Delegation führte ausführliche Gespräche zum Klimawandel und verglich den Ansatz Australiens mit dem Europas. Australien ist eine ungewöhnliche Industrienation, da es im Wesentlichen Rohstoffe, vor allem Kohle, exportiert. Die Delegation stellte fest, dass ihre Gastgeber bei der Entwicklung eines Emissionshandelssystems (EHS) weniger vorangeschritten sind, und eine erhebliche Kontroverse über die Vorschläge der Regierung besteht. Teile der Industrie und der Opposition vertreten die Ansicht, dass die Regierung zu weit gegangen ist und einseitige Verpflichtungen für Australien nicht angemessen sind. Die Umweltlobby betrachtet die Vorschläge dagegen als nicht ehrgeizig genug, insbesondere für ein

Land, das möglicherweise der weltweit größte Pro-Kopf-Emittent von Kohlendioxid ist.

Bei ihrem Besuch diskutierten die MdEP über alternative Energiequellen wie Sonnen- und Windenergie, die allgemein befürwortet werden. Größere Meinungsunterschiede gab es bei anderen Energieträgern wie Wasserkraft und Atomkraft. Es wurde festgestellt, dass Letztere nicht ohne eine parteiübergreifende Unterstützung entwickelt werden können, die es zurzeit aber nicht gebe. Die Kohlendioxidabscheidung und -lagerung (CCS) war ebenfalls ein wichtiger Diskussionspunkt; die Parlamentarier wurden ausführlich über die auf diesem Gebiet geleisteten Arbeiten informiert.

Der Besuch fand kurz nach den Überschwemmungen in Queensland und dem Buschfeuer in Victoria statt, bei denen mehr als 200 Menschen ums Leben kamen. Der Delegationsvorsitzende hatte seinen Amtskollegen vor dem Besuch Beileidsschreiben übermittelt; während des Besuchs wurde allen Betroffenen das Mitgefühl ausgesprochen. Präsident Pöttering hatte ein Kondolenzschreiben an Premierminister Rudd gesandt.

### **Montag, 23. Februar 2009**

#### **SYDNEY**

##### **Universität Sydney**

**Gespräch am Runden Tisch unter Leitung von Professorin Jill Trehwella, stellvertretende Vizekanzerin für Forschung, zum Thema „Australien - Die internationale Finanzkrise, Energie und Klimawandel aus der Sicht des Bildungssektors“**

**Weitere Teilnehmer: Professor Dick Bryan (Volkswirtschaft), Professor Manfred Lenzen (integrierte Nachhaltigkeitsanalyse), Professor Michael Harris (Ressourcenökonomie)**

Die MdEP wurden von Professorin Jill Trehwella, stellvertretende Vizekanzerin (Forschung) empfangen. Sie informierte darüber, dass die Universität von Sydney, die erste Australiens, 1850 unter dem Motto „Gesunder Geist unter südlichem Himmel“ gegründet wurde. Sie habe heute 45 000 Studenten und zähle zu den vierzig besten Universitäten weltweit. Da für die Bildung nur beschränkte Mittel bereitstünden, seien ausländische Studenten immatrikuliert worden, um die Einnahmesituation zu verbessern.

Professorin Trehwella und ihre Kollegen erläuterten die interdisziplinäre Forschung der Hochschule am Zentrum für integrierte Nachhaltigkeitsanalyse. Es gebe ein multidisziplinäres Team, das umfassende Ansätze für die integrierte Nachhaltigkeitsanalyse erarbeite. Diese Ansätze stellten eine große Herausforderung dar, da die Beteiligten die „Sprache“ anderer Disziplinen erlernen müssten.

Die Forschung erstreckte sich über Bereiche wie nachhaltige Nutzung von Land und Wasser, erneuerbare Energie, Energieeinsparung, Kohlendioxidabscheidung und

Emissionsmanagement, nachhaltiges Bauen, öffentliche Gesundheit und wirtschaftliche Entwicklung. Zu den Kunden zähle die britische Regierung, für die Arbeiten zum Kohlendioxid-Fußabdruck übernommen würden.

Wirtschaftswissenschaftler seien sich insgesamt über die Bedeutung des Klimawandels einig. Unstimmigkeiten bestünden in der Frage des Umgangs mit dem Problem.

Die Zunahme des globalen Pro-Kopf-Verbrauchs sei ein entscheidender Faktor beim Klimawandel, der Westen könne China und Indien keine Begrenzungen aufzwingen. Professor Ross Garnaut sei in seinem Bericht über den Klimawandel zu der Schlussfolgerung gelangt, der Verbrauch des Westens müsse um 80 bis 85 % reduziert werden, um Gerechtigkeit gegenüber den Entwicklungsländern zu gewährleisten.

In Antworten auf Fragen der MdEP wurde erklärt, in Australien müsse ein Wassermarkt entwickelt werden. Derzeit falle nicht genügend Regen in den Gebieten, in denen er am meisten gebraucht werde; es müssten Ressourcen für das Auffangen und Weiterleiten von Regenwasser geschaffen werden.

Man müsse sich mit den Maßnahmen anderer Länder befassen. Die Energiesteuern in Dänemark beispielsweise hätten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Windenergieindustrie des Landes geleistet.

Zur Kohlendioxidabtrennung und -speicherung (CCS) wurde festgestellt, dass in Texas jedes Jahr zwei Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Erde gepumpt wurden; dies sei sehr erfolgreich gewesen. Die größte Schwierigkeit bestehe darin, dass die sicheren Lagerorte näher an den Emittenten liegen müssten.

Es herrschte Einigkeit darüber, dass die Verhaltensmuster des Einzelnen geändert und auch sichergestellt werden müsste, dass die Öffentlichkeit für Fragen wie beispielsweise die Emissionshandelssysteme sensibilisiert wird.

Die Universität Sydney habe auch eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Finanzorganisationen über einen Zeitraum von drei Jahren untersucht. In Australien bestehe nach dem Beginn der derzeitigen Finanzkrise aufgrund seines hohen Haushaltsüberschusses, hoher Zinsraten und kreditwürdiger Banken eine angemessene Zuversicht. Bei den Hypotheken hätten die Schwierigkeiten jedoch zugenommen, und noch sei nicht klar, ob die Senkung der Zinsen greifen werde. Der australische Dollar sei weltweit die fünftwichtigste Handelswährung und gelte in der asiatischen Zeitzone als eine stabile „westliche“ Währung. Die Währung sei von den Mineralstoffmärkten abhängig und vom Rückgang der Exporte nach China betroffen.

Man war sich einig, dass das unverantwortliche Verhalten der Banken teilweise eine Folge des starken Einsatzes von Wirtschaftsmodellen mit potenziellen Schwachstellen sei. Die Komplexität dieser Modelle habe es den Regulierungsstellen schwer gemacht, die Geschäfte der Banken angemessen zu überwachen. Es liefen Forschungsarbeiten, um zu untersuchen, wie die Regulierung verbessert werden kann.

Nach der Diskussion in der Universität fand für die Delegation ein Mittagessen im Parlament von New Legislativen Versammlung (Legislative Assembly), und Reverend Fred Nile, MLC, Vizepräsident des Legislativrats (Legislative Council), statt.

### **Treffen mit Dr. Malcolm Edey, stellvertretender Gouverneur (Wirtschaft) und Dr. Guy Debelle, stellvertretender Gouverneur (Finanzmärkte). Reserve Bank of Australia**

Die Delegation wurde darüber informiert, dass das Bankensystem in Australien weiterhin sehr stark ist, und dass die größte Bank einen beträchtlichen Gewinn erwirtschaftet hat. Es gibt vier wichtige Banken in Australien – die „großen Vier“. Der Zugang zu Finanzmitteln sei aufgrund der Staatsbürgerschaft zufriedenstellend, auf dem inländischen Markt konnte ein ausreichender Gewinn erwirtschaftet werden. Die Banken hätten keine „Off-shore securitised projects“ oder Risikopapiere anderer Länder, dennoch sei die Eigenkapitalrendite von 25 % auf 16 % gesunken. Die Banken zögen die Zügel bei der Kreditvergabe an, dies sei in der Vergangenheit jedoch nicht völlig ohne Kontrolle geschehen, und es habe auf dem Markt keinen Sektor für „zweitklassige“ (Sub-Prime-) Hypotheken gegeben.

Auch wenn der Finanzsektor im Oktober 2008 Schaden genommen hatte, konnte er einen beträchtlichen Betrag im Ausland aufnehmen; die Verfügbarkeit des Kapitals habe seine Fähigkeit der Kreditvergabe nicht beeinträchtigt. Auf dem Aktienmarkt habe es einen Einbruch gegeben, davon seien die Altersversorgungssysteme betroffen gewesen, insbesondere Menschen kurz vor der Rente.

Die australische Prudential Regulatory Authority (APRA, Aufsichtsbehörde) sei die Aufsichts- und Regulierungsbehörde für den australischen Finanzdienstleistungssektor. Im Gegensatz zur entsprechenden britischen Behörde ist sie nicht für den Verbraucherschutz zuständig und kann sich daher auf die Aufsicht konzentrieren. Es gibt strikte Kriterien für die Kontrolle der Liquidität und des Besitzes der Banken. Die australische Securities and Investment Commission (ASIC; Wertpapier- und Investitionsaufsichtsbehörde) ist für die Durchsetzung und Regulierung des Unternehmens- und Finanzdienstleistungsrechts zuständig, um Verbraucher, Investoren und Gläubiger zu schützen. Die beiden Gremien arbeiten sehr eng bei dem so genannten System der Doppelspitze von zwei Regulierungsstellen zusammen. Es wurden beträchtliche Ressourcen aufgewendet, um eine übermäßige Vergabe von Hypotheken zu verhindern.

Die Delegation betonte die Notwendigkeit einer makroprudentiellen Aufsicht und einer Verbesserung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit. Sie sprach sich für ein europäisches Überwachungssystem aus, das sich an den derzeitigen nationalen Aufsichtssystemen orientiert. Dr. Debelle vertrat die Ansicht, dass ein grenzübergreifendes Aufsichtssystem in einer Zentralbank angesiedelt sein sollte, da diese Bank ein Mandat für finanzielle Stabilität haben werde.

Australien wurde aufgefordert, beim Gipfeltreffen der G-20 am 2. April 2009 in London Vorschläge zu unterbreiten. Es werde ständig erörtert, was und was nicht

reguliert werden sollte. Der Schwerpunkt des Treffens werde auf der Reform der Regulierung und nicht auf der Frage des makroökonomischen Stimulus liegen.

Der Gouverneur der Reservebank treffe alle sechs Monate mit dem zuständigen parlamentarischen Ausschuss zusammen, es gebe eine vierteljährliche Erklärung zur Währungspolitik. Mit dem Finanzministerium sei ein Inflationsziel zwischen zwei und drei Prozent vereinbart worden. Währungspolitische Entscheidungen würden unabhängig getroffen, Sitzungsprotokolle veröffentlicht.

Australien gehe es besser als vielen anderen Industrienationen. Es habe von dem Rohstoffboom in den letzten vier bis fünf Jahren und von der raschen Industrialisierung in China profitiert. Das höhere Zinsniveau habe dazu geführt, dass es einen größeren Spielraum für die Senkung der Zinsen gab – der Zinssatz liege derzeit bei 3,25 %, in den USA hingegen bei 0,25 % und in Japan sogar nur bei 0,1 %. Die Haushalte seien solide, es gebe keine Staatsverschuldung; dies lasse Raum für eine expansive Finanzpolitik.

Der IWF benötige mehr Mittel und sollte eine größere Rolle als kreditvergebende statt als beratende und Aufsicht führende Institution spielen. Während der Finanzkrise in Asien habe er sich als ein Förderer der Wirtschaftsreform und nicht als Ressourcengeber gesehen.

Die Reservebank verhalte sich gegenüber einem schwankungsanfälligen australischen Dollar sehr tolerant. In den vergangenen fünfzehn Jahren habe es starke Schwankungen gegeben. Die Bank begrüße es, dass von einem niedrigen Wechselkurs nun Impulse ausgehen könnten.

Infolge des weltweiten Rückgangs der Rohstoffpreise würden Verträge mit China über Festmengen und Preise neu ausgehandelt, die Preise für australische Ausfuhren würden wahrscheinlich sinken.

Es wurde geschätzt, dass das Konjunkturpaket der Regierung 2009 einen BIP-Zuwachs um 2 % bewirken könnte. Viele der finanzierten Projekte, wie im Wohnungsbau, würden jedoch erst später anlaufen. Studien zeigten, dass die Unterstützung der ärmeren Teile der Bevölkerung nicht in die Wirtschaft, sondern in den Schuldenabbau flösse.

Es könne auch positive Effekte durch das US-amerikanische Konjunkturpaket geben. Die USA würden den Weg des Protektionismus voraussichtlich nicht sehr weit beschreiten.

### **Treffen mit Malcolm Starr, Generaldirektor für Ordnungspolitik und öffentliche Politik, und Eric Mayne, Leiter Aufsicht ASX-Märkte-Aufsicht - Australian Exchange Centre**

Die Australia Securities Exchange (ASX) sei die wichtigste Börse in Australien. Sie entstand im Dezember 2006 durch die Fusion der Australian Stock Exchange und der Sydney Futures Exchange.

Die Delegation wurde darüber informiert, dass die ersten Auswirkungen der Finanzkrise in Australien zu spüren sind. Die Folgen seien bislang aufgrund der starken Stellung der vier großen Banken weniger gravierend. Das Handelsvolumen habe um etwa 20 % gegenüber dem Zeitraum vor der derzeitigen Finanzkrise abgenommen, dies sei weniger als der Rückgang in Europa.

Derzeit werde darüber diskutiert, strengere Bestimmungen für die Regulierung des Leerverkaufs einzuführen. Im November 2008 habe Australien den „nackten“ Leerverkauf verboten, d. h., eine Praxis, bei der Investoren Aktien, die sie weder besitzen noch geliehen haben, in der Hoffnung verkaufen, sie rasch zu einem geringeren Preis zurückkaufen zu können. Der „nackte“ Leerverkauf gelte als riskanter als der traditionelle Leerverkauf, bei dem geborgte Aktien verkauft werden. Der „nackte“ Leerverkauf sei in Australien in der Vergangenheit jedoch nicht sehr verbreitet gewesen.

Die Internationale Organisation der Börsenaufsichtsbehörden (IOSCO) arbeite daran, Lücken in den verschiedenen Regulierungsansätzen für den „nackten“ Leerverkauf zu schließen. Nach Ansicht von Herrn Starr ist der klassische Leerverkauf ein nützliches Instrument, das missbraucht werden kann; die Bestimmungen müssten wasserdicht sein. Die Delegation wies auf die nachteiligen Auswirkungen des Leerverkaufs von Volkswagen-Aktien hin und äußerte sich besorgt über die dadurch möglicherweise entstehenden Probleme.

Herr Starr erläuterte die Zuständigkeiten des Australian Exchange Centre, insbesondere die Verfahren bei Verstößen gegen seinen Kodex und die Verfahren für den Rückzug von der Wertpapierbörse.

Seines Erachtens liege der Schwerpunkt des Wachstums auf der „grünen Technologie“ wie Geothermie, saubere Kohle, Sonnen- und Windenergie und anderen Produkten mit geringeren Kohlendioxidemissionen. Jedoch hinge viel von den politischen Initiativen der Regierung in diesem Bereich ab.

Herr Starr vertrat die Ansicht, es werde eine Konsolidierung der EHS geben; möglicherweise würden sich drei oder vier auf internationaler Ebene durchsetzen.

### **Diskussionsrunde**

**Alistair Walton, Präsident, und Jason Collins, Aufsichtsratsvorsitzender, European – Australian Business Council**

Herr Walton stellte die Delegation vor und erklärte, das European-Australian Business Forum sei 1999 gegründet worden. Es sei ein nationales Gremium, dessen Ziel in der Förderung der wirtschaftlichen Interessen Australiens und der EU-Mitgliedstaaten bestehe. In ihm seien mehrere Unternehmensorganisationen und Handelsagenturen zusammengeschlossen, die den Handel und die Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen Australien und Europa unterstützten. Es fördere den Freihandel und biete einen Rahmen für eine breit angelegte Diskussion über die Beziehungen zwischen der EU und Australien.

Herr CHICHESTER erläuterte das Paket der EU zum Klimawandel, einschließlich des EHS, der Kraftfahrzeug-Richtlinie, der Ziele für die erneuerbaren Energien und der Entwicklung der grünen Technologie. Er betont, dass bis zur Schaffung des EHS viele Verhandlungen geführt werden mussten und es eine starke Lobbytätigkeit von Industrie und NRO gegeben habe.

Herr KLINZ ging auf den Hintergrund der internationalen Finanzkrise ein. Seines Erachtens habe sich die Eurozone als stabilisierender Faktor erwiesen, auch wenn es noch ein großes Vertrauensproblem gebe, da die Banken einander nicht vertrauten. Währungspolitische Instrumente seien mit einer Zinsrate von 1 % im Vereinigten Königreich und nahezu 0 % in den USA und Japan voll ausgeschöpft worden. Ein „quantitative easing“ sei das einzige noch verbleibende Instrument. Möglicherweise müssten auch „schlechte Banken“, wie in den 1990er-Jahren in Schweden gebildet werden, um notleidende Aktiva zu halten.

Er nannte auch Einzelheiten der Konjunkturprogramme der USA und der EU. Er unterstrich, es laufe eine Diskussion darüber, wie weit die Regulierung der Finanzmärkte gehen sollte, und dass der Bericht des ehemaligen Gouverneurs der Banque de France, Jacques de Larosière, zur Finanzaufsicht erwartet werde. Er vertrat die Auffassung, dass es nun sehr viel mehr Unterstützung für eine Zusammenarbeit auf internationaler Ebene gebe, um die Frage der grenzübergreifenden Finanzaufsicht zu lösen.

## **Dienstag, 24. Februar 2009**

### **CANBERRA**

#### **Information von David Daly, Leiter der Delegation der Europäischen Kommission in Australien und Neuseeland**

Herr Daly erklärte zu Beginn, Australien trauere nach dem Buschfeuer in Victoria um die 209 Todesopfer. Durch die Überschwemmungen in Queensland seien zudem 62 % der Fläche dieses Staates überflutet worden.

Die Solidität des australischen Bankensystems habe sich in der derzeitigen Finanzkrise gezeigt, das Land sei jedoch nicht immun gegen die Auswirkungen, die allmählich stärker zu spüren seien. Australien sei - für ein Industrieland eher unüblich - ein wichtiger Exporteur von Rohstoffen und vom Rückgang der Nachfrage nach Kohle und Stahl in China betroffen, da das jährliche BIP in China um 7 % gesunken sei.

Die australische Regierung sei mit umfangreichen vorbereitenden Arbeiten für das Treffen der G-20 in London beschäftigt. Ihr sei an einem multilateralen Ansatz für das Problem gelegen; man befürchte, dass die Industrienationen protektionistische Maßnahmen ergreifen könnten.

In der Vergangenheit habe die Auffassung geherrscht, bei den Beziehungen zwischen der EU und Australien gehe es allein um Handel und Landwirtschaft. Diese Ansicht



sei überholt, die Beziehungen seien viel breiter angelegt. 1,2 Millionen Arbeitsplätze in Australien seien direkt oder indirekt von Investitionen der EU abhängig. 2008 hätten dreizehn australische Minister Brüssel besucht. Für die Australier sei die EU nicht automatisch der größte Handelspartner ihres Landes, da sie ihre Beziehungen durch das Prisma bilateraler Beziehungen zu einzelnen Ländern sähen. Das Wissen über die EU im Allgemeinen sei sehr beschränkt.

Herr Daly erläuterte die Einzelheiten des Partnerschaftsrahmenabkommens zwischen der EU und Australien, das im Oktober 2008 unterzeichnet wurde. Seine Grundlage sei die Erkenntnis, dass beide Seiten die gleichen Grundwerte und Interessen haben. Es umfasse eine Vielzahl an Bereichen der Zusammenarbeit, dazu gehörten Bildung und Wissenschaft, Umwelt, Energie, Entwicklungshilfe und globale Sicherheit.

Er unterstrich, dass die erhöhte Ausfuhrerstattung der EU für Molkereierzeugnisse nicht gegen Australien gerichtet und lediglich eine Funktion des Weltmarktsystems sei. Die Abschaffung der Ausfuhrerstattung sei weiterhin ein Angebot der EU bei der Doha-Runde.

#### **Finanzministerium**

##### **Treffen mit Vertretern des australischen Finanzministeriums:**

**Bill Brummitt, Generaldirektor, Abteilung internationale Wirtschaft**

**Tony McDonald, Generaldirektor, Abteilung makroökonomische Politik**

**Steve Morling, Generaldirektor, Abteilung Binnenwirtschaft**

**David Martine, Generaldirektor, Abteilung Finanzsystem**

**Paul Flanagan, Generaldirektor, Abteilung internationale Finanzwirtschaft**

**Jan Harris, Generaldirektorin, Abteilung Haushaltspolitik**

**Jyoti Rahman, Direktor, Referat Internationale Aussichten**

Der Delegation wurde mitgeteilt, dass Australien der derzeitigen Finanzkrise recht gut standhalte. Seine Ausgangslage sei aufgrund des Booms bei den Bergbauerzeugnissen, der nicht vorhandenen Nettostaatsverschuldung und der relativ niedrigen Arbeitslosenrate von 4,8 % stabil gewesen.

Dennoch habe es einen Abschwung gegeben, für 2009 sei eine Wachstumsrate von 1 % prognostiziert, die 2010 trotz des Konjunkturpakets von 42 Milliarden australischen Dollar auf 0,75 % zurückgehen werde. Die Bestimmungen für die Kreditvergabe würden verschärft.

Der Rückgang der Weltmarktpreise für Rohstoffe um 20 % sei ein besonders herber Schlag gewesen, es gebe negative Zeichen von den asiatischen Handelspartnern Australiens. Allerdings arbeiteten lediglich 3 % der Bevölkerung im Bergbau. Der Anteil der im Dienstleistungssektor tätigen Bevölkerung entspreche dagegen dem anderer OECD-Staaten. Es gebe auch andere wichtige Wirtschaftszweige mit Wertschöpfung, so den Bildungssektor mit Angeboten für den asiatischen Markt.

Die Verschuldung der privaten Haushalte habe zugenommen, den Haushalten in Notlage sei jedoch durch eine Senkung der Zinsen geholfen worden; die Nachfrage nach Immobilien sei gemessen am Angebot noch relativ stark. Die Unternehmen seien nicht besonders verschuldet, die Führungsebene sei allgemein konservativ.

In den kommenden zwölf bis achtzehn Monaten werde das Wachstum hauptsächlich vom Staat ausgehen, in erster Linie durch das Konjunkturpaket und seinen Schwerpunkt auf Infrastrukturausgaben. Das Hauptanliegen des Pakets habe darin bestanden, das Geld so rasch wie möglich „an den Mann zu bringen“. Es müsse ein Gleichgewicht zwischen diesem Ziel und der Entwicklung längerfristiger Infrastrukturprojekte erreicht werden.

Schätzungen zufolge flößen etwa 65 bis 70 % des Geldes, das den Bürgern durch das Konjunkturpaket zur Verfügung gestellt werde, über einem Zeitraum von einem Dreivierteljahr in die Wirtschaft. Das übrige Geld würde die Bevölkerung voraussichtlich ansparen oder für die Bezahlung von Kreditkartenrechnungen verwenden. Es sei nicht unbedingt schlecht, wenn das Geld angespart würde, da dies die Bilanz „sanierere“.

Die Kapitalausstattung der vier wichtigsten Banken sei gut, der Finanzsektor setze seine übliche Geschäftstätigkeit fort. Es habe Bedenken wegen eines möglichen Rückzugs ausländischer Banken vom australischen Markt gegeben. Die Regierung garantiere die Einlagen, eine Verstaatlichung der Banken sei jedoch nicht nötig.

Als Antwort auf die Frage nach der stärkeren Beteiligung Chinas an Rio Tinto wird festgestellt, dass allgemein die Auffassung vertreten werde, ausländische Investitionen seien eine gute Sache und sollten gefördert werden.

### **Treffen mit Senator Bob Brown, Vorsitzender der Grünen Australiens**

Senator Brown bezeichnete Australien zu Beginn als internationales „Schwergewicht“ beim Klimawandel und (neben Brunei) größten Umweltverschmutzer pro Einwohner weltweit. Er zeigte sich besonders unzufrieden damit, dass der Kohlebergbau eine halbe Milliarde Dollar aus dem Konjunkturpaket der Regierung für die Erforschung der Kohlendioxidabtrennung erhalte, deren Entwicklung aber noch 10 bis 15 Jahre dauere und die nicht nachgerüstet werden könne. Er kritisierte, dass die Kohleindustrie eine sehr einflussreiche Lobby sei, der die Türen zum Ministerium offen stehen. Umweltgruppen stünden jedoch bei den Entscheidungsträgern häufig vor verschlossenen Türen.

Seines Erachtens sei die Regierung nicht zu harten Entscheidungen bereit, da die Bevölkerung ihres Erachtens zu stark konsumorientiert ist. Er erklärte, eine Verringerung des Treibhausgasausstoßes um 5 % würde zu einem Rückgang des BIP um 1,1 % führen, eine Senkung um 25 % dagegen zu einem um 1,2 % geringeren BIP-Wachstum. Die Regierung habe sich dennoch nur für eine Reduzierung um 5 % entschieden.

Er sei nicht der Ansicht, dass das größte Problem lediglich das zunehmende Wirtschaftswachstum weltweit ist, und verweist auf das Bevölkerungswachstum; den derzeitigen Trends zufolge werde es bis 2050 3,5 Milliarden mehr Menschen geben. Er verweist insbesondere auf die Arbeit von Paul und Anne Ehrlich zur Überbevölkerung und die daraus erwachsenden Bedrohungen.

Die Kerntechnik könne nur 10 % des Energiebedarfs decken und sei ein Sicherheitsrisiko. Hohe Dämme beeinträchtigen seines Erachtens die Umwelt und führen zu hohen Treibhausgasemissionen. Durch die Einstellung der Holzgewinnung würde der Treibhausgasausstoß um 18 % sinken. Es gebe dagegen ein großes Potenzial für Sonnenenergie.

Senator Brown wies darauf hin, dass er an Lösungsvorschlägen für Australien arbeitet. Die Europäer seien dafür verantwortlich, Lösungen für ihren eigenen Kontinent vorzulegen. Er vertrat die Ansicht, die Krise biete die Chance, die Wirtschaft „grüner zu machen“; die stärksten Wirtschaftssysteme würden die mit einer ökologischen Grundlage sein.

Die Mitglieder der Delegation betonten, den meisten Fraktionen sei bewusst, dass ein Kurswechsel erfolgen muss, doch über die Mittel und Wege gingen die Meinungen auseinander.

### **Mittwoch, 25. Februar 2009**

#### **Treffen mit Chris Bowen, Abgeordneter, stellvertretender Finanzminister und Minister für Wettbewerbspolitik und Verbraucherangelegenheiten**

Herr Bowen erklärte, die Regierung habe noch beträchtlichen Spielraum bei den Zinssätzen. Es herrsche allgemein Zufriedenheit mit dem „Doppelspitzen“-system zur Regulierung des Finanzmarktes. Seines Erachtens funktioniere das britische Modell einer einzigen Regulierungsstelle besser als das amerikanische Modell mit vielen für diesen Bereich zuständigen Stellen.

Basel 2 sei in Hinblick auf die Regulierung zu locker gewesen. Rückblickend wäre eine Vereinbarung besser gewesen, die weniger von Zyklen abhängig ist.

Vier von fünfzehn mit zwei A bewerteten Banken weltweit befänden sich in Australien. Um einen ordnungsgemäßen Wettbewerb zu gewährleisten, dürften die vier großen Banken nicht fusionieren – dies sei die Politik der „vier Säulen“. Besorgnis bestehe über die Rückkehr der ausländischen Kreditgeber auf ihre Heimatmärkte, da nur 45 % des Sektors für Unternehmenskredite von australischen Banken abgedeckt seien.

Sieben der zehn wichtigsten Handelspartner Australiens befänden sich in einer Rezession. In den fünf Jahren vor der derzeitigen Finanzkrise sei der Handel rascher als je zuvor seit den frühen 1950er-Jahren gewachsen, auch wenn er sich jetzt wieder auf dem Niveau von 2003 befinde.

Herr Bowen wies darauf hin, dass für die Produktsicherheit ursprünglich die einzelnen Bundesstaaten zuständig waren. Dies falle nun in den Zuständigkeitsbereich des Bundes, es gebe jedoch keine Einigung darüber, welche Gesetze den Vorrang haben sollten. Ein nationales Verbrauchergesetz werde im Januar 2010 in Kraft treten und für alle Unternehmen und Einzelpersonen in Australien gelten. Damit würden weitere und tiefer greifende Verbraucherrechte eingeführt. Für die Lebensmittelsicherheit gebe es eine gesonderte Regelung.

**Besuch bei den Präsidenten des Parlaments  
Harry Jenkins, Abgeordneter, Präsident des Repräsentantenhauses  
Senator John Hogg, Präsident des Senats**

Die Delegation stattete den Parlamentspräsidenten einen Höflichkeitsbesuch ab. Im Mittelpunkt des kurzen Gesprächs stand die Bedeutung der persönlichen Kontakte für die Beziehungen zwischen der EU und Australien sowie die Verbindungen zwischen den Parlamenten.

Australien sei stolz auf seine multikulturelle und vielfältige Gesellschaft sei, die als Bereicherung gelte. Europa müsse seine eigene Vielfalt als Stärke betrachten. Es wurde jedoch eingeräumt, dass Australien ebenso wie die USA – vereinfacht gesagt – als ein einziges Land begonnen haben, die EU dagegen versuche, sehr verschiedene Kulturen zu einem Ganzen zusammenzuführen.

Zu Australiens Werten gehöre der Glaube, dass jeder eine gerechte Chance haben und es gleiche Chancen für alle geben sollte. Nach Ansicht der Labour Party hätten die Vorschläge der vorherigen Regierung zu den Arbeitsbeziehungen beispielsweise im Widerspruch zum australischen Geist der Gerechtigkeit und der Gleichheit gestanden. Die Reaktionen auf das Buschfeuer in Victoria hätten die Solidarität und die Kameradschaftlichkeit gezeigt, die im Land bestehe.

Es folgte eine Diskussion über die Lage der türkischen Migranten in Deutschland, von denen einige es offensichtlich ablehnten, sich zu integrieren und die Sprache zu erlernen. Dabei wurde nach der Vereinbarkeit bestimmter islamischer Werte mit der jüdisch-christlichen Ethik gefragt, auf deren Grundlage die europäische Gesellschaft ursprünglich entstanden ist. Die Delegation erfuhr, dass beträchtliche Fortschritte bei der Integration der muslimischen Bevölkerung in Australien erreicht wurden.

**Treffen mit Greg Hunt, Abgeordneter, Schattenminister für Klimawandel**

Herr Hunt unterstrich, dass Australien einen erheblichen Rückgang der Emissionen erreichen müsse; seine Partei sei diesen Zielen verpflichtet und sollte nicht als „Leugner des Klimawandels“ verunglimpft werden.

Die Opposition behalte sich ihren Standpunkt zur Form des vorzuschlagenden EHS vor. Sie halte es für besser, mit dem Start des Systems bis 2011 oder 2012 zu warten, damit die Klimapolitik von Präsident Obama und die Reaktion Chinas sowie das Ergebnis der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen berücksichtigt werden können. Ein effizientes EHS hänge von der Verfügbarkeit einer Technik mit geringen Emissionswerten und kosteneffizienten Kohlendioxidsenken ab.

Erneuerbare Energien müssten entwickelt und die bestehenden Kohlekraftwerke saniert werden. Diese Kraftwerke hätten sich in China und Indien stark ausgebreitet und könnten nicht einfach aus dem Weg geräumt werden – es stelle sich die Frage, wie sie saniert werden können. Die Technik der Kohlendioxidabtrennung und -speicherung (CCS) wäre nicht rechtzeitig einsatzbereit, um in diese Anlagen

eingebaut zu werden. Er betonte ferner die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit und des Austauschs über bewährte Verfahrensweisen auf diesem Gebiet.

Er unterstrich, Australien habe sich zu einem Programm zur Wiederaufforstung des Regenwalds verpflichtet. Dies sei seines Erachtens ein Bereich, zu dem die Partnerschaft EU-Australien viel beitragen könne. Die internationalen Bestimmungen seien derzeit „blind für die Farbe des Kohlendioxids“, so dass „grünes“ Kohlendioxid in natürlichen Wäldern nicht anerkannt werde, und es Anreize für die Abholzung gebe.

Für die Entwicklung der Kernenergie in Australien müsse es eine parteiübergreifende Unterstützung geben. Dies sei derzeit nicht der Fall; daher sei dies kein gangbarer Weg, auch wenn er persönlich die Entwicklung der Kernenergie als Teil eines Energiemixes unterstütze.

Die Wasseraufbereitung sei in Australien in der Regel nicht sehr entwickelt, es müsse eine „Revolution“ bei der Aufbereitung städtischer Abwässer geben. Die landwirtschaftliche Infrastruktur müsse modernisiert werden, die Erschöpfung der Grundwasserleiter sei ein großes Problem.

Die Solarenergie habe ein enormes Potenzial; in Victoria sei eine Sonnenenergieanlage mit einer Leistung von 154 MW geplant, welche das größte und leistungsfähigste Fotovoltaikkraftwerk weltweit sein werde. Erwärme als Energielieferant habe sich langsamer entwickelt als erwartet, ein besonderes Problem bestehe darin, dass der Wasserbedarf sehr groß sei. Herr Hunt hielt es nicht für denkbar, dass vor 2020 eine funktionsfähige Anlage ans Netz geht.

### **Treffen mit dem Ausschuss für Klimawandel, Wasser, Umwelt und Kunst des Repräsentantenhauses**

**Vorsitz: Jennie George, Abgeordnete**

Frau George erläuterte den Ansatz der Regierung bei der Bekämpfung des Klimawandels. Die Labour Party habe vielfältige Maßnahmen zur Energieeinsparung vorgeschlagen; bei der Lösung des Problems gebe es keinen Königsweg.

Die Regierung schlage vor, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 5 % unter das Niveau des Jahres 2000 zu senken. Dieser Wert könnte abhängig von den Zusagen anderer Länder in Kopenhagen auf 15 % erhöht werden. Sie räumte ein, die Quoten seien als nicht ehrgeizig genug kritisiert worden, doch es sei wichtig, die beträchtlichen Entfernungen in Australien und den prognostizierten Bevölkerungszuwachs zu berücksichtigen. Das EHS würde nur für die 1000 größten Unternehmen aus Luftfahrt, Straßenverkehr und Schifffahrt gelten. Die Landwirtschaft werde erst nach 2013 einbezogen.

Die Emissionsrechte würden versteigert, die Industrie werde während des Übergangszeitraums unterstützt, indem sie bis zu 90 % der Emissionsrechte kostenlos erhalte. Es sei wichtig, dass Unternehmen nicht ins Ausland gingen, wo es keine Kontrollen gebe. Australien produziere 1,4 % der Emissionen weltweit, dies sei ein sehr hoher Pro-Kopf-Wert. Bevölkerungsgruppen mit niedrigerem Einkommen und

Rentner, die unter höheren Energiepreisen leiden würden, erhielten Ausgleichszahlungen.

Bis 2020 müssten 20 % der Energieträger erneuerbare Energiequellen sein, der Schwerpunkt liege auf Solarenergie, Windkraft, Kohlendioxidabtrennung und Geosequestrierung. Die Energieeffizienz spiele eine sehr wichtige Rolle, die Haushalte würden ermuntert, umzurüsten und eine wirksame Wärmedämmung einzubauen. Der mit 1,3 Milliarden Dollar ausgestattete „Green Car Innovation Fund“ (Innovationsfonds für umweltfreundliche PKW) würde im Juli 2009 eingerichtet und über einen Zeitraum von zehn Jahren die Planung, die Entwicklung und den Bau von PKW und Komponenten mit niedrigen Emissionswerten und geringem Kraftstoffverbrauch unterstützen.

Der Abgeordnete Dr. Mal Washer erklärte, im Rahmen des staatlichen EHS erhielten umweltverschmutzende Industriebetriebe kostenlose Emissionsrechte; die größeren Umweltverschmutzer könnten die Bemühungen anderer zunichte machen und sich Vorteile verschaffen. Er unterstrich die Notwendigkeit nachhaltiger Lösungen und stellte fest, dass die vorherige Regierung Mittel für die geothermische Energie bereitgestellt habe. Biokraftstoffe kämen nicht in Frage, da 20 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Abholzung entstünden. Die Kohlendioxidabtrennung sei in Australien weit fortgeschritten.

Der Abgeordnete John Cobb unterstrich, dass die Landwirtschaft noch unter dem EHS leide, da ihre Erzeugnisse befördert werden müssten.

Die Delegation des EP stellte fest, dass bei der Wasserwiederaufbereitung in Australien nicht genügend Fortschritte erreicht wurden und wiederaufbereitetes Wasser nur ungern verwendet wird. Es herrschte Einigkeit darüber, dass sich Australien aufgrund der fehlenden Fortschritte in diesem Bereich in einer schwierigen Lage befindet.

## **Fragestunde Repräsentantenhaus**

Die Delegation nahm an der Fragestunde im Repräsentantenhaus teil. Sie wurde vom Präsidenten offiziell begrüßt.

## **Treffen mit Peter Anderson, Geschäftsführer, und Nathan Backhouse, Direktor Handel und internationale Angelegenheiten, Australische Industrie- und Handelskammer**

Herr Anderson gab einen Überblick über die Tätigkeit der australischen Industrie- und Handelskammer (ACCI), zu der Bereiche wie Handel und Handelserleichterung und Vertretung der Interessen der Arbeitgeber gehören. Sie sei auf nationaler und regionaler Ebene sehr aktiv; ihr gehörten 350 000 Unternehmen aller Größen mit insgesamt vier Millionen Beschäftigten an.

Die ACCI unterhalte keine offiziellen Beziehungen zum Australian-European Business Council, man stehe jedoch im ständigen Dialog. Die Kammer arbeite mit internationalen Gremien wie der ICC World Chambers Federation (Internationale Handelskammer) und der International Organisation of Employers (Internationale Arbeitgeberorganisation) zusammen. Sie unterhalte auch enge bilaterale Beziehungen zu Handelskammern in anderen Ländern.

Die australische Wirtschaft sei aufgrund ihrer starken Abhängigkeit vom Handel sehr anfällig und durch den Rückgang der Nachfrage nach ihren Ausfuhren in Europa und Asien in Mitleidenschaft gezogen worden. Auch die Binnennachfrage sei zurückgegangen. Die Folgen der internationalen Rezession würden erst nach und nach spürbar werden, die Arbeitslosenquote sei lediglich auf 4,8 % gestiegen. Eine höhere Belastung der Sozialschutzsysteme werde langfristig unvermeidbar sein. Der Leitzinssatz läge bei 3,25 %, daher bestehe noch Spielraum. Die Insolvenzen hätten in der jüngsten Zeit nicht stärker zugenommen, es gebe jedoch mehr Firmenpleiten in den ersten beiden Jahren nach der Gründung.

Die Handelskammer unterstütze das Konjunkturpaket der Regierung weitgehend, auch wenn sie es vorgezogen hätte, den Schwerpunkt stärker auf eine Senkung der Einkommensteuer statt auf Zahlungen an Einzelpersonen zu legen. Entscheidende Bedeutung habe eine Verbesserung der Infrastruktur und der Verkehrslogistik des Landes.

Für FuE gebe es kein nationales Ziel, doch es gebe eine Investitionszulage von 30 % für die Kosten der Bereitstellung neuer Ausrüstungen. Nach Ansicht der Kammer könne die Zusammenarbeit zwischen der EU und Australien in diesem Bereich ausgeweitet werden.

Ein nachhaltiges Wachstum liege im Interesse der australischen Wirtschaft. Es laufe eine Diskussion über das beste Vorgehen der Regierung. In Hinblick auf das EHS würde die Handelskammer ein multilaterales Konzept der Regierung vorziehen, da unilaterale Maßnahmen Nachteile für das Land bedeuten würden. Australien scheine keinen gleichwertigen Begriff für „Kohlenstoffverlagerung“ zu haben, obwohl in dieser Frage Übereinstimmung mit der EU bestehe. Es bestünden gewisse Bedenken, dass die US-Regierung eine protektionistische Politik verfolgen könnte; dies wäre für Australien als Exportland sehr gefährlich.

### **Treffen mit Brendan Pearson, stellvertretender Geschäftsführer, und Stephen Deady, Direktor - Industrieökonomie und Besteuerung, Minerals Council of Australia**

Der Minerals Council of Australia (MCA) vertritt Australiens Erkundungs-, Bergbau- und mineralienverarbeitende Industrie. Seine Mitglieder tragen mit mehr als 85 % zur jährlichen Mineralienförderung Australiens bei.

Die Delegation wurde darüber informiert, dass 80 % der australischen Kohle exportiert werden; dies werde noch lange Zeit ein wichtiges Merkmal des Handels im Land sein. Der Minerals Council möchte, dass die Kohle eine realistische Option in einer Welt ist, in welcher der CO<sub>2</sub>-Preis eine feste Größe ist. Die Kohleindustrie habe

ein eindeutiges Interesse an der Lösung der kohlebedingten Luftverschmutzung durch Kohlendioxid. Die Industrie habe sich selbst erfolgreich besteuert, indem sie 1 Milliarde Dollar für CCS-Maßnahmen bereitgestellt habe. Dabei befinde man sich noch in der Pilotphase, weitere Mittel würden benötigt.

Es sei eine Chance für Australien, beispielsweise durch die Entwicklung und Nutzung von CCS international die Führung zu übernehmen. Es müsse eine Einrichtung geben, welche die gesamte auf diesem Gebiet geleistete Arbeit bündelt.

Der Anteil des Bergbaus am gesamten Wasserverbrauch in Australien liege bei 2,4 %; das Wasser werde siebenmal aufbereitet, bevor es unbrauchbar werde. 86 000 Dollar Mehrwert pro Megaliter (1000 Kubikmeter) würden zu Spitzenzeiten erzeugt, im Agrarsektor wären es hingegen nur 182 Dollar pro Megaliter. Nach Ansicht des Council muss ein effizienteres Preissystem für Wasser entwickelt werden.

In der Mineralstoffindustrie seien direkt und indirekt etwa 320 000 Personen beschäftigt. Viele von ihnen lebten in dünn besiedelten und abgelegenen Gebieten. Die Regierung müsse mehr in soziale Infrastrukturen wie Schulen und Sportanlagen investieren. Beim Abbau von Mineralressourcen gebe es eine Tendenz des „Kommens und Gehens“.

### **Treffen mit dem Gemeinsamen Ständigen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Handel. Vorsitz: Senator Michael Forshaw**

Für eine eingehende Diskussion von Fachthemen stand nicht genügend Zeit zur Verfügung. Folgende Punkte wurden in der Sitzung erörtert:

- Australiens Verbindungen zur NATO rücken stärker ins Bewusstsein und es gibt mehr Kontakte zwischen dem australischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung der NATO.
- Die Labour Party hat sich gegen die Entsendung australischer Truppen in den Irak ausgesprochen; der Militäreinsatz in Afghanistan wird jedoch parteiübergreifend unterstützt.
- Mehr als 1 000 australische Soldaten sind in Afghanistan stationiert, auch in Konfliktregionen. Es besteht die Auffassung, dass einige NATO-Staaten ihren Einfluss in Afghanistan nicht geltend machen. Es muss ein politischer und wirtschaftlicher Plan für Afghanistan aufgestellt werden, um zu verhindern, dass im Land weiterhin Terroristen ausgebildet werden.
- Auch wenn das Engagement Australiens im Irak eher umstritten ist, kann die Militärintervention der Bündnispartner im Irak möglicherweise letztlich erfolgreicher abgeschlossen werden.
- In der Nachbarschaft Australiens gibt es einen „arc of instability“ („Bogen der Instabilität“) aus Ländern wie Osttimor, Papua-Neuguinea und den Salomonen, in denen die staatlichen Strukturen zusammengebrochen sind.



- Australien unterhält gute Beziehungen zu Indonesien, das der größte Empfänger von Hilfszahlungen aus Canberra ist.
- Auf die Frage der EP-Delegation, was die australischen Abgeordneten für die größten Gefahren halten, wurde Folgendes genannt: Klimawandel, Einwanderung von Muslimen nach Australien und Beziehungen zum Iran, der keine Stabilität im Nahen Osten will.

Das Treffen endete mit einer Aussprache zwischen den MdEP über die Zukunft der EU und die Frage, inwieweit die Bürger in den Mitgliedstaaten ihre Souveränität und ihre nationale Identität bewahren wollen. Daran schloss sich eine Frage der australischen Seite an.

## **Donnerstag, 26. Februar 2009**

### **CANBERRA**

#### **Gesprächsrunde unter Leitung von Senator Alan Ferguson, Vizepräsident, und Anna Burke, Abgeordnete, Vizepräsidentin. Parlamentsgebäude**

Senator Allan Eggleston erklärte, die Regierung Rudd habe eine reformorientierte Agenda, doch „Reform bedeutet Geld“, und ihre Pläne müssten den Zwängen der wirtschaftlichen Realität Rechnung tragen.

Dick Adams erläuterte die Regierungstätigkeit zur Bekämpfung des Klimawandels, das Konjunkturpaket und die Wasserpolitik. Zum letzten Punkt betonte er, es müsse weitaus mehr Richtwerte geben, um die Art des Wasserverbrauchs messen zu können.

Kevin Andrews erklärte, es gebe in Australien einen breiten Konsens über die Wichtigkeit und die Erwünschtheit des Freihandels. Er äußerte seine Sorge darüber, dass andere Teile der Welt sich für den Protektionismus entscheiden könnten, und zitierte die Forderung Präsident Sarkozys, Europa an die erste Stelle zu setzen. Er halte das Konjunkturpaket der Regierung für zu umfassend.

Herr Alby Schultz bezeichnete sich als skeptisch gegenüber dem Klimawandel und hat die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls abgelehnt. Die Möglichkeit, die Migration in großem Umfang zu unterbinden, sollte erwogen werden, da Migranten Arbeitsplätze besetzten oder Sozialleistungen in Anspruch nehmen würden.

Senator Eggleston weist darauf hin, dass in Australien der Glaube vorherrsche, es werde von der internationalen Wirtschaftskrise verschont. Dies habe sich jedoch als falsch erwiesen, da die Rezessionen in Japan, Indien, China und Korea weit reichende Folgen hätten. Er sei mit dem Inhalt des Konjunkturpakets der Regierung nicht einverstanden, räume jedoch ein, dass es zur Unterstützung der Wirtschaft nötig war. Er erkenne die Existenz des Klimawandels an und sehe die Notwendigkeit, dagegen vorzugehen.

Herr Klinz erklärte, Deutschland habe seine Grenzen für Migranten aus den neuen Mitgliedstaaten nicht sofort geöffnet, der Prozess erstreckte sich über einen Zeitraum

von sieben Jahren. Er halte dies nicht unbedingt für gut, habe das doch dazu geführt, dass andere Mitgliedstaaten von der Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte profitiert hätten. Viele der Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten, die sich in einen anderen Mitgliedstaat begeben hätten, kehrten nun in ihre Heimatländer zurück. Die Mitgliedstaaten seien verpflichtet, Wirtschaftsflüchtlinge human zu behandeln, aber es könne nicht für jedermann eine Politik der offenen Tür geben, und es bestünde die Sorge, dass sich eine „Subgesellschaft“ aufgrund fehlender Integration herausbilden könnte.

Herr Chichester betonte, ein Großteil der Migrationsströme in der EU bestehe aus Unionsbürgern wie Polen, die in das Vereinigte Königreich kämen. Es gebe Probleme mit der Integration, vor allem im Falle einiger muslimischer Migranten, die unter sich bleiben wollten; so könnten sich extremistische Anschauungen entwickeln.

Herr Koterec gab zu bedenken, der freie Personenverkehr sei ein Problem für die neuen Mitgliedstaaten, die viele ihrer Arbeitnehmer verlören.

### **National Europe Centre, Nationaluniversität Australien „European Update“**

Herr Chichester gab einen Überblick über die Herausforderungen, vor denen die EU derzeit steht. Er ging insbesondere auf das Finanzpaket in Höhe von 200 Milliarden Euro, die Maßnahmen der EU zur Bekämpfung des Klimawandels, institutionelle Fragen wie den Vertrag von Lissabon und die Wahlen zum Europäischen Parlament, den Handel und die Doha-Runde, Energie, vor allem Sicherheit der Energieversorgung, wichtige außenpolitische Angelegenheiten wie Gaza, Simbabwe und Afghanistan sowie die wirtschaftliche Solidarität zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten ein.

Herr Koterec wies darauf hin, dass Bratislava auf die Entscheidung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen warte, bevor es die Unabhängigkeit des Kosovo anerkenne. Er betonte, es sei wichtig, die proeuropäischen Kräfte in Serbien zu unterstützen, beispielsweise durch eine Erleichterung der Visavergabe für Studenten. Herr Klinz erklärte, er glaube fest daran, dass alle westlichen Balkanstaaten letztlich in die EU aufgenommen werden.

Herr Chichester räumte ein, es gebe Bedenken, die neue US-Regierung könne sich dem Protektionismus zuzuwenden. Er unterstrich die Wichtigkeit eines erfolgreichen Abschlusses der Doha-Runde. Herr Klinz schloss sich diesen Ansichten an und erklärte, bilaterale Handelsabkommen wären ein Rückschritt.

Herr Takkula betonte, der Austausch von Studenten und Hochschulangehörigen zwischen der EU und Australien müsse verstärkt werden. Er erwarte die Förderung von Projekten wie Erasmus Mundus.

Herr Chichester stellte fest, dass Biokraftstoffe zunehmend als zu teuer und umweltschädlich angesehen würden. Stattdessen sollten erneuerbare Kraftstoffe gefördert werden, insbesondere die Verwendung von Elektroautos mit wiederaufladbaren Batterien.

Herr Koterec wies darauf hin, dass die Entstehung der Nationalistischen Partei in der Slowakei auf die Existenz der ethnischen ungarischen Partei im Land zurückzuführen sei, die von der Regierung in Budapest unterstützt werde.

## **MELBOURNE**

**Ceramic Fuel Cells Limited, Treffen mit  
Brendan Dow, geschäftsführender Direktor,  
Andrew Neilson, Justiziar und kaufmännischer Geschäftsführer und  
Karl Föger, Leiter Technologie**

Ceramic Fuel Cells Limited (CFCL) entwickelt Module für Festoxid-Brennstoffzellen (solid oxide fuel cell - SOFC) zur Erzeugung von Strom durch verteilte Erzeugungsnetze. Die Arbeit mit der SOFC-Technologie reiche von Keramikpulver bis hin zu vollständigen Brennstoffzellensystemen.

Das Unternehmen wurde 1992 als „Nebenprodukt“ der nationalen Wissenschaftsagentur Australiens und der Commonwealth Scientific and Industrial Research Organisation (CSIRO, Organisation des Commonwealth für wissenschaftliche und industrielle Forschung) gegründet. Sein Hauptsitz befindet sich in Melbourne, im Vereinigten Königreich und in Deutschland bestehen Büros. Bisher seien 220 Millionen Dollar investiert worden, das Unternehmen werde in 12 Monaten die kommerzielle Produktion aufnehmen. Es habe Kunden in Deutschland, im Vereinigten Königreich, in den Benelux-Staaten sowie Japan seine Partner versorgen bis zu 20 Millionen Verbraucher.

CFCL entwickle Festoxid-Brennstoffzellenmodule zur Erzeugung von Strom durch verteilte Erzeugungsnetze; dies sei wesentlich effizienter als das derzeitige Stromnetz. Bei dem Prozess würden 60 % weniger CO<sub>2</sub> als bei Kohle freigesetzt, er verlaufe geräuschlos und habe das europäische CE-Zeichen verliehen bekommen.

Problematisch seien die hohen Entwicklungskosten. Daher sei eine Unterstützung des Staates für umfassende Demonstrationsversuche und die Bereitstellung von Kapital für die anfängliche Produktentwicklung sehr wünschenswert.

Das Unternehmen vertrete die Ansicht, aus dem Trend hin zu umweltfreundlicherer und sichererer Energie könne Gewinn gezogen werden. Prognosen zufolge werde der Primärenergieverbrauch von 2006 bis 2030 weltweit um 45 % steigen. Dies geschehe vor dem Hintergrund der Pläne der EU und der USA, die Emissionen beträchtlich zu reduzieren und „neue Energien“ oder umweltfreundliche Technologien zu fördern. Ferner gebe es einen Wandel von der traditionell zentralisierten Erzeugung hin zur verteilten Erzeugung. Das Unternehmen sehe daher ein starkes Marktpotenzial für dieses Produkt.

**Freitag, 27. Februar 2009**

## **MELBOURNE**

**Australian Conservation Foundation**  
**Treffen mit Don Henry, Geschäftsführer**  
**Tony Mohr, Direktor des Klimawandelprogramms**

Die Australian Conservation Foundation ist eine parteiunabhängige NRO, die vor 45 Jahren gegründet wurde. Davor habe es Gruppen in einzelnen Bundesstaaten gegeben. Das Commonwealth spiele eine zunehmend wichtige Rolle, da viele Umweltfragen eine nationale Dimension hätten. Die Stiftung versuche, eine stärker fundierte und umfassendere öffentliche Diskussion von umweltbezogenen Themen zu fördern. Ein Großteil seiner Zeit sei öffentlichen Informationskampagnen wie der Initiative „green home“ („ökologische Häuser“) gewidmet. Zahlreiche Arbeiten richteten sich auch an Unternehmen, so der Runde Tisch für Unternehmen zum Klimawandel. Die Stiftung habe australienweit 60 000 Mitglieder und 90 bezahlte Angestellte. 95 % seiner Einnahmen stammten aus Mitgliedsbeiträgen.

Australien sei durch den Klimawandel besonders gefährdet, bis 2070 werde es doppelt so viele Buschfeuer geben, wenn keine wirksamen Maßnahmen ergriffen würden. Die Wirtschaft arbeite ressourcenintensiv und nicht energieeffizient. Erst seit fünf Jahren werde der Frage der Wasserversorgung ausreichend Beachtung geschenkt, nach sieben Jahren der Trockenheit in Südaustralien und Wasserknappheit an anderen Orten; Prognosen zufolge werde sich die Lage verschlechtern. Es bestehe ein dringender Bedarf an mehr Regenwassertanks, mehr Wasseraufbereitung und einer Technik zur Wassereinsparung. Entsalzung sei das letzte Mittel, da dies einen höheren Strombedarf und einen damit einhergehenden Anstieg der Treibhausgasemissionen bedeuten würde.

Die Stiftung lehne die Kernenergie und den Uranabbau ab, da es nur sehr wenige Standorte für die Lagerung nuklearer Abfälle gebe und bessere sowie nachhaltigere Alternativen wie Solar- und Windkraft bestünden. Die Kohleindustrie erhalte hohe direkte und indirekte Subventionen, die sich auf 6 Milliarden Dollar summierten; Forschung und Entwicklung im Bereich nachhaltige Energie finde kaum statt.

Die öffentliche Meinung zur Klimaänderung habe sich rasch gewandelt, vor allem nach Al Gores Film „An Inconvenient Truth“; bei den Wahlen im Jahr 2007 sei der Klimawandel ein wichtiges Thema gewesen. Die Vorschläge der derzeitigen Regierung entsprächen nicht den Erwartungen der Stiftung, insbesondere was die Ziele für 2020 anbelangt, die weniger ehrgeizig als die der EU seien. Die Regierung und die Opposition seien hinsichtlich der Notwendigkeit von Maßnahmen zurückhaltender als die öffentliche Meinung. Innerhalb der Opposition gebe es mehr unterschiedliche Auffassungen als innerhalb der Regierung. Die Stiftung sprach der EU für ihren vorausschauenden Standpunkt beim Klimawandel ihre Anerkennung aus und forderte sie auf, diesen Weg weiter zu beschreiten.

Es bestehe die Möglichkeit, dass die Frage des Klimawandels die künftige australische Politik beeinflusst. Die Partei der Grünen in Australien werde stärker und erreiche in Wahlbezirken in den Innenstädten einen Stimmenanteil von 25 bis 30 %. Aufgrund des Wahlsystems sei es für die Grünen jedoch schwieriger, Sitze zu gewinnen, als in Ländern wie Deutschland. Die großen Parteien könnten bei Umweltfragen an Einfluss gewinnen oder sich aufspalten.

Anmerkung: Herr Henry wies darauf hin, dass in dem Gebäude, in dem die Conservation Foundation ihren Sitz hat, der Wasserverbrauch durch das Auffangen von Regenwasser um 90 % gesenkt werden konnte.

## **Universität Melbourne**

### **Einführung zur Universität und Information über das „Festival of Ideas“**

Der Delegation wurde mitgeteilt, dass mehr als 25 % der Studenten aus anderen Ländern stammen, dies sei die zweitgrößte Gruppe ausländischer Studenten in Australien. 120 Länder seien vertreten, die größte Gruppe käme aus China, die am schnellsten wachsende aus dem Iran. Es gebe 38 staatliche Universitäten in Australien, jedoch kämen lediglich 21 % ihrer Mittel vom Staat (bzw. 44 %, wenn die Forschungsmittel einbezogen werden).

Die Universität habe das „Melbourne-Modell“ für Studenten eingeführt, die ein dreijähriges, breit angelegtes Grundstudium mit einem Abschluss absolvierten. Dadurch habe man über 100 einzelne Grundstudiengängen abschaffen können. Einer der neuen fachübergreifenden Abschlüsse sei der „Bachelor of Environments“, der Wissenschaft, Raumordnungs- und Lebensmittelpolitik sowie Klimawandel miteinander verbinde.

Hinter dem „Festival of Ideas“ stehe die Philosophie, der zufolge die Universität als Forum für die Diskussion wichtiger Themen fungiert und sich für die breite Allgemeinheit öffnet. Das Thema des Festivals 2008 laute „Klimawandel, kultureller Wandel“, untersucht würden die Auswirkungen des Klimawandels auf die Lebensweise in Australien.

### **Information über das Melbourne Sustainable Society Institute**

Das Melbourne Sustainable Society Institute fördert die Nachhaltigkeitsforschung bei wichtigen öffentlichen Themen. Sein Ziel ist die Verbindung sozialer, wissenschaftlicher und technologischer Forschungserkenntnisse, dabei liegt der Schwerpunkt auf der Asien-Pazifik-Region. Zu seinen Hauptforschungsthemen gehören die Zukunft der Landwirtschaft, nachhaltige Städte sowie „Risiko und Resilienz“ einschließlich Klimawandel, Gesundheit und Fragen der Regierungsführung sowie Wassernutzung. Für alle Bereiche gebe es Experten mit entsprechendem Fachwissen innerhalb der Hochschule. Das Institut bringe Sachverständige aus der Universität zusammen und wolle Kontakte zwischen Universität, Regierung und Wirtschaft knüpfen. Der Schwerpunkt liege auf Großprojekten in Zusammenarbeit mit externen Partnern.

Ein besonderer Bereich sei die Festlegung von Sicherungsnormen für die Meldung von Kohlendioxidemissionen, da es in der Vergangenheit keine objektive Form der Meldung gegeben habe. Es bestünden gute Bedingungen für die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsprüfern sowie Ingenieuren und Hydrologen. Exakte Informationen würden einen angemessenen Einsatz der Ressourcen ermöglichen.

## **Information über das Cooperative Centre for Greenhouse Gas Technologies (CO2CRC) und Rundgang**

Das Cooperative Research Centre for Greenhouse Gas Technology (CO2CRC) ist eines der weltweit führenden kooperativen Forschungszentren, dessen Schwerpunkt die Kohlendioxidabtrennung und -lagerung (CCS) ist. Es ist ein Gemeinschaftsunternehmen von Industrie, Staat, Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus Australien und dem Ausland. Ziel ist die Senkung der Kosten für die Abtrennung von Kohlendioxid um bis zu 80 %. Es ist ferner an einer Reihe von Studien und Pilotprojekten beteiligt, insbesondere dem Otway-Projekt in Südwest-Victoria, das Australiens erstes Projekt für Geosequestrierung ist.

Das Otway-Projekt wurde 2004 konzipiert und läuft seit 2008 bis mindestens Mitte 2010. Phase 1 habe 40 Millionen Dollar gekostet, Phase 2 werde 20 Millionen Dollar kosten. Das Projekt biete die praktische Anwendung und Erprobung der CCS-Technologie und solle wertvolle Ergebnisse zu Regulierungsrisiko, Haftung, Wissenschaftstechnologie, Kommunikation und Beteiligung der Gesellschaft liefern. Es ist das am stärksten überwachte CCS-Projekt weltweit.

Für die Delegation fand anschließend eine kurze Demonstration der Arbeit des Zentrums mit alternativen Technologien einschließlich der Membranabscheidung statt.

Im Anschluss besuchte die Delegation das Parlament des Bundesstaates Victoria; dort wurde sie von Jenny Lindell, Präsidentin der Legislativen Versammlung, und Bruce Atkinson, Vizepräsident des Legislativrats, begrüßt. Herr Chichester sprach im Namen des Europäischen Parlaments sein Beileid und Mitgefühl für die Opfer der jüngsten Buschfeuer in Victoria aus.

Der Besuch der Delegation endete mit einer Besichtigung des Federation Square und des Ian Potter Centre in der Nationalgalerie von Victoria, in der die Kunst der indigenen Völker gezeigt wird.

# EUROPEAN PARLIAMENT

## DELEGATION FOR RELATIONS WITH AUSTRALIA AND NEW ZEALAND

32nd EU-AUSTRALIA INTERPARLIAMENTARY MEETING  
Sydney - Canberra - Melbourne  
22-27 February 2009

### Participants list

#### Members

Mr Giles CHICHESTER, Chair	United Kingdom	PPE-DE
Mr Miloš KOTEREC, 2 <sup>nd</sup> Vice-Chair	Slovakia	
PES		
Mrs Zita PLEŠTINSKÁ	Slovakia	PPE-DE
Mr Wolf KLINZ	Germany	ALDE
Mr Hannu TAKKULA	Finland	
ALDE		

#### Secretariat

Mr Tim BODEN, Head of Secretariat  
Ms Emma MOLLET, Administrative Assistant

#### Political Groups

Mr Mario SCHWETZ, Political Adviser PPE-DE

# EUROPEAN PARLIAMENT

## DELEGATION FOR RELATIONS WITH AUSTRALIA AND NEW ZEALAND

32<sup>nd</sup> EU-Australia Interparliamentary meeting

22-27 February 2009

SYDNEY - CANBERRA -MELBOURNE

### FINAL PROGRAMME

Saturday 21 and  
Sunday 22 February 2009

INDIVIDUAL ARRIVALS OF MEMBERS AND STAFF

Accommodation

*Intercontinental Hotel*  
*117 Macquarie Street*  
*Sydney NWS 2000*  
*tel. +61 2 925 39 000*

Sunday 22 February 2009  
SYDNEY

10.00 Secretariats' meeting

11.00 Excursion

12.30 Lunch at *Solitary Restaurant*  
*90 Cliff Drive, Leura Falls*



- 15.30 Return to Sydney
- 17.00 Arrival at hotel
- 18.30 EP Delegation Briefing  
*Venue : The Cortile - Intercontinental Hotel*
- Dinner (own arrangements)
- Accommodation Intercontinental Hotel*

**Monday 23 February 2009**  
**SYDNEY**

- 10.10 ASSEMBLE IN HOTEL FOYER AND DEPART HOTEL FOR
- Meeting with *Ms Sandra Margon*, International Development Manager - Europe and other representatives from University of Sydney  
*Venue : University of Sydney  
The Clocktower, The Quadrangle, Main entrance via  
University Avenue  
Off Parramatta Road  
Camperdown*
- 10.30 Roundtable discussion chaired by *Professor Jill Trewhella*,  
Deputy  
Vice-Chancellor Research  
*"Australia - The global financial crisis, energy and climate change  
from the perspective of the education sector"*
- 12.00 DEPART UNIVERSITY FOR NSW PARLIAMENT  
*Macquarie Street  
Sydney*
- 12.30- Lunch hosted by the *Hon Tanya Gadiel MP*, Speaker of the  
Legislative Assembly and **the Hon Reverend Fred Nile MLC**,  
Assistant President of the Legislative Council
- 14.00 Walk to Reserve Bank of Australia

14.15 Meeting with *Dr Malcolm Edey*, Assistant Governor (Economic)  
and

*Dr Guy Debelle*, Assistant Governor (Financial Markets)

Venue : 65 Martin Place  
Sydney

15.45 DEPART FOR

16.00 Meeting with *Mr Malcolm Starr*, General Manager of  
Regulatory and Public Policy and *Mr Eric Mayne*, Chief  
Supervision Officer of ASX Markets Supervision, Australian  
Stock Exchange

Venue : Exchange Centre  
20, Bridge Street  
Sydney

17.00 DEPART FOR SERVCORP, MLC CENTRE

Level 56-57  
19-29 Martin Place  
Sydney

17.30 Met by *Mr Alistair Walton*, President and *Mr Jason Collins*,  
Chief Executive Officer, European-Australian Business Council  
Roundtable discussion  
(Opening by Mr Walton, brief reports by Mr Chichester and Mr  
Klinz, followed by general discussion/Questions and Answers)

18.15 Reception hosted by *European-Australian Business Council  
charter members*

19.30 TRANSPORT AVAILABLE FOR RETURN TO HOTEL

Dinner (own arrangements)

*Accommodation Intercontinental Hotel*

**Tuesday 24 February 2009**  
**CANBERRA**

07.20 BAGGAGE COLLECTION FROM ROOMS

CHECK-OUT FROM HOTEL

- 07.45 DEPART HOTEL FOR AIRPORT
- 09.20 FLY TO CANBERRA ON FLIGHT QF 1471 - ARRIVAL AT 10.10
- Met on arrival by *Mr Andres Lomp*, Director, Parliamentary Relations Office
- TRANSFER TO *Hotel Realm*  
*18 National Circuit*  
*Barton, ACT 2600*  
*Tel. +61 2 6163 1800*
- 11.00 ASSEMBLE IN HOTEL FOYER AND DEPART FOR
- 11.15 Briefing by H.E. Mr David Daly, Ambassador and Head of Delegation of the European Commission Delegation to Australia and New Zealand  
*Venue : 18 Arkana Street*  
*Yarralumla, ACT 2600*  
*Tel. +61 2 6271 2744*
- 12.15 DEPART FOR PARLIAMENT HOUSE  
*House of Representatives Entrance*
- 12.30 Lunch hosted by *Mr Roger Price MP*, Chair Australia-European Parliament Parliamentary Group  
*Venue : Senate Alcove.*
- 14.00- DEPART PARLIAMENT HOUSE, HOUSE OF REPRESENTATIVES ENTRANCE, FOR THE TREASURY  
*Venue : Langton Crescent, Parkes*
- Meeting with *Mr Bill Brummitt*, General Manager, International Economy Division; *Mr Tony McDonald*, General Manager, Macroeconomic Policy Division; *Mr Steve Morling*, General Manager, Domestic Economy Division; *Mr David Martine*, General Manager, Financial System Division; *Mr Paul Flanagan*, General Manager, International Finance Division; *Mrs Jan Harris*, General Manager, Budget Policy Division; *Mr Jyoti Rahman*, Manager, International Outlook Unit
- 15.30 DEPART THE TREASURY FOR PARLIAMENT HOUSE

*House of Representatives Entrance*

- 16.30 Meeting with **Senator Bob Brown**, Leader of the Australian Greens
- 17.15 DEPART PARLIAMENT HOUSE FOR HOTEL  
*House of Representatives entrance*
- 17.45 ASSEMBLE IN HOTEL FOYER AND TRANSFER TO THE
- 18.00 Reception hosted by the European Commission Delegation and the European Parliament  
Venue : *Commonwealth Club*  
*25 Forster Cres*  
*Yarralumla, ACT 2600, Australia*  
*Tel. +61 2 6273 3622*
- 19.30 RETURN TO HOTEL
- Dinner (own arrangements)

**Wednesday 25 February 2009**  
**CANBERRA**

- 09.25 ASSEMBLE IN HOTEL FOYER AND DEPART FOR PARLIAMENT HOUSE  
*House of Representatives entrance*
- 09.45 Meeting with **the Hon Chris Bowen MP**, Assistant Treasurer and Minister for Competition Policy and Consumer Affairs  
Venue : *Committee Room 1R2*
- 10.30 Call on the Presiding Officers of the Parliament  
**Mr Harry Jenkins MP**, Speaker of the House of Representatives

**Senator the Hon. John Hogg**, President of the Senate

Venue : *Speaker's Suite*

- 11.30 Meeting with the **Hon. Greg Hunt MP**, Shadow Minister for Climate Change  
Venue : *Committee Room 1S6*
- 12.30 Meeting with House of Representatives Committee on Climate Change, Water, Environment and the Arts  
**Chair : Ms Jennie George MP**  
Venue : *Committee Room 1R5*
- 14.00 Observe Question Time  
*House of Representatives Chamber*
- 14.30 Meeting with **Mr Peter Anderson**, Chief Executive Officer and **Mr Nathan Backhouse**, Director of Trade and International Affairs, Australian Chamber of Commerce and Industry  
Venue : *Committee Room 1R5*
- 15.30 Meeting with **Mr Brendan Pearson**, Deputy Chief Executive Officer, and **Mr Stephen Deady**, Director - Industry Economics & Taxation, Minerals Council of Australia  
Venue: *Committee Room 1R5*
- 16.30 Meeting with the Joint Standing Committee on Foreign Affairs, Defence and Trade. Chair : **Senator Michael Forshaw**  
Venue : *Committee Room 1R1*
- 17.30 DEPART PARLIAMENT HOUSE FOR HOTEL  
*House of Representatives entrance*
- 18.15 ASSEMBLE IN HOTEL FOYER AND DEPART FOR PARLIAMENT HOUSE
- 18.30 Dinner hosted by the **Presiding Officers**  
Venue : *Parliament House*  
*Private Dining Rooms*
- 21.00 TRANSPORT AVAILABLE FOR RETURN TO HOTEL

**Thursday 26 February 2009**  
**CANBERRA - MELBOURNE**

- 08.00** BAGGAGE COLLECTION FROM ROOMS AND CHECK-OUT FROM HOTEL
- 08.15 DEPARTURE FROM HOTEL FOR PARLIAMENT HOUSE  
*House of Representatives entrance*
- 08.30 Roundtable discussion, led by Senator the *Hon Alan Ferguson*, Deputy President and *Ms Anna Burke MP*, Deputy Speaker  
*Venue : Committee Room 1R6*
- 09.30 DEPART PARLIAMENT HOUSE, SENATE ENTRANCE FOR  
  
National European Centre of the Australian National University  
*Venue : Liversidge Street*  
*Action*
- Met by *Professor Simon Bronitt*, Director of the NEC and *Ms Dora Horvath*, Centre Coordinator
- 10.00 Attend "European Update"  
Introductory address by *Mr Giles Chichester*. followed by Questions and Answers
- 11.15 DEPART FOR CANBERRA AIRPORT
- 12.25** FLY TO MELBOURNE ON FLIGHT QF 851 - ARRIVAL AT 13.35  
  
DEPART FOR
- 14.45 Ceramic Fuel Cells Limited and meeting with *Mr Andrew Neilson*, Legal and Commercial Manager and *Mr Karl Föger*, Chief Technology Officer  
*Venue : 170 Browns Road*  
*Noble Park*

Tour of facilities

16.30 TRANSFER TO ***Hotel Sofitel***  
***25 Collins Street***  
***3000 Melbourne***  
***Tel. +61 3 9653 000***

Dinner (own arrangements)

**Friday 27 February 2009**  
**MELBOURNE**

08.45 DEPARTURE FROM HOTEL FOR

09.00 Meeting with ***Mr Don Henry***, Executive Director  
and ***Mr Tony Mohr***, Climate Change Programme Manager  
Australian Conservation Foundation  
Venue : *First floor 60 Leicester Street*  
*Carlton*

09.45 DEPART FOR UNIVERSITY OF MELBOURNE  
Venue: *Wilson Avenue*  
*Parkville*

10.15 Met by ***Ms Christine Eckhardt***, International Liason Officer,  
International Relations Office  
Welcome to the University and briefing on the Festival of Ideas

10.40 Briefing on the Melbourne Sustainable Society Institute

11.10 Briefing on the Cooperative Research Centre for Greenhouse  
Gas Technologies (CO2CRC) and laboratory tour

12.00 DEPART FOR PARLIAMENT HOUSE

12.30 Lunch hosted by the ***Hon Jenny Lindell MP***, Speaker of the  
Legislative Assembly and ***Hon Bruce Atkinson MLC***, Deputy  
President of the Legislative Council  
Venue : *Victorian Parliament - Side Dining Room*  
*Spring Street*  
*Melbourne*

- 14.30 DEPART FOR IAN POTTER CENTRE  
National Gallery of Victoria  
*Venue : Federation Square  
Corner Russell & Flinders Streets*
- 15.00 Met by *Ms Frances Lindsay*, Deputy Director and *Ms Judith Ryan*, Senior Curator of Indigenous Art  
  
Tour of the indigenous collection and other galleries as time permits
- 16.30 RETURN TO HOTEL
- 19.30 Dinner hosted by *Mr Giles Chichester*, Chair of the European Parliament Delegation for Relations with Australia and New Zealand  
*Venue : Bhoj Restaurant  
4/54 New Quay Promenade  
Docklands*

*Accommodation Sofitel*

**Saturday 28 February 2009  
onwards**

INDIVIDUAL DEPARTURES OF MEMBERS AND STAFF

\*\*\*\*\*